

Fall Sergej Skripal

Das Russland-Dilemma

Österreich weist keine russischen Diplomaten aus. Wegen der FPÖ-Kontakte nach Moskau, oder geht es um viel mehr?

Von **Florian Gasser**

8. April 2018, 15:34 Uhr / 443 Kommentare

AUS DER ZEIT NR. 15/2018



Kanzler Sebastian Kurz will Russlands Präsidenten Wladimir Putin wieder in Europa salonfähig machen. © ddp images

Das österreichische Außenministerium am Wiener Minoritenplatz fristet seit Langem das Dasein eines ungeliebten Stiefkinds der Politik. Für die beiden vergangenen Ressortchefs war das Amt bestenfalls ein Durchlauferhitzer: Michael Spindelegger sah es als Zwischenstopp auf seinem Weg ins Finanzministerium. Und Sebastian Kurz nutzte die Funktion, um sich in der Migrationsfrage als harter Macher zu profilieren und die Übernahme von Partei und Regierung vorzubereiten. Große Initiativen, kreative Vorstöße und neue Ideen, wie sich die Außenpolitik eines Kleinstaates innerhalb der Europäischen Union positionieren könnte, fehlten.

Vergangene Woche hat Österreichs Außenpolitik wieder für Unmut gesorgt. Als Reaktion auf das Giftattentat auf den ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter in Großbritannien trug man zwar die Erklärung des Europäischen Rates mit, den EU-Botschafter aus Moskau abzuziehen. An der Aktion vieler EU-Staaten, russische Diplomaten

auszuweisen, werde man sich aber nicht beteiligen, verkündeten Bundeskanzler Sebastian Kurz und Außenministerin Karin Kneissl. Die Begründung: Man wolle Gesprächskanäle offenhalten und könne Mediator sein. Schließlich sei Österreich neutral. Die Entscheidung stieß auf heftige Kritik. In Berlin und anderen westlichen Metropolen lautete die reflexartige Reaktion: Die Regierung befinde sich in der Geiselhaft der freiheitlichen Putinfreunde und unterlaufe die europäische Solidarität.

Auch in den eigenen Reihen ließ der Ärger nicht lange auf sich warten: "Österreich hat in der Verfassung klargestellt, dass es in der EU nicht neutral, sondern solidarisch ist. Neutralität ist für Österreich kein Argument! Sorry!", twitterte Othmar Karas, EU-Abgeordneter der ÖVP.

Vielleicht steckt aber hinter der Haltung doch mehr Strategie, als es den Anschein hat.

Wolfgang Petritsch ist seit Jahrzehnten Diplomat und wählt seine Worte für gewöhnlich mit Bedacht. Er war Sekretär von Bruno Kreisky, österreichischer Botschafter in Serbien, EU-Sonderbeauftragter für das Kosovo und Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina. Den Abzug der österreichischen UN-Soldaten vom Golan im Jahr 2013 sah er als "die völlige Aufgabe der Außenpolitik Österreichs". Viel milder ist das Urteil fünf Jahre später nicht geworden, auch wenn die neue Ministerin Karin Kneissl einen respektablen Job mache. "Das erste Mal seit Langem ist das Amt fachlich gut besetzt, es werden Schwerpunkte gesetzt, und man versucht, eine inhaltliche Politik zu betreiben", sagt Petritsch. Mit ihrer Türkeiinitiative, dem Versuch, das Gesprächsklima mit Ankara zu verbessern, habe Kneissl ihren Vorgänger regelrecht blamiert. "Aber klarerweise ist sie auch eine Gefangene ihrer russlandfreundlichen Partei."

Die österreichische Außenpolitik sei noch nicht in der EU angekommen, sagt Petritsch. "Sich als Vermittler aufzuspielen ist nicht mehr als eine Schlagzeile, das ist nur noch peinlich", meint der Diplomat. "Bei den Irangesprächen in Wien war Sebastian Kurz auch nur ein besserer Frühstücksdirektor. Es wird halt für den Boulevard Außenpolitik vorgetäuscht, die den Namen Politik aber überhaupt nicht verdient."

[<https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2018/15>]

Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 15/2018. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen.

[<https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2018/15>]

"Die Neutralität hat sich überlebt", sagt eine frühere Botschafterin

Auch anderen Spitzendiplomaten ist die Entscheidung ein Rätsel. "Natürlich kann man sich fragen, ob die Ausweisung von Diplomaten ein geeignetes Instrument ist, um Putin zu beeindrucken", sagt Franz Cede, früherer Botschafter in Moskau.

"Aber ich hätte angenommen, dass Österreich aus Solidarität bei der Entscheidung, Diplomaten auszuweisen, mitgeht. Eine Brückenbauerfunktion haben wir nicht mehr, wir sind kein neutrales Zwischenland mehr, wir sind mittendrin." Wer davon träume, habe den

Paradigmenwechsel in der internationalen Politik nach dem Kalten Krieg versäumt. "Früher konnte Kreisky durch die Weltgeschichte reisen und eine eigene, unabhängige Außenpolitik betreiben, das geht heute nicht mehr."

Jetzt bewerben
[https://z2x.zeit.de/z2x3/?wt_zmc=fix.int.zonaudev.zon_article.z2x3_bewerbung.z2x3_bildtext.link.x&utm_medium=fix&utm_source=zon_article_zonaudev_int&utm_campaign=z2x3_bewerbung&utm_content=z2x3_bildtext_link_x]

Du bist zwischen
5. Mai 2018,
...en besser zu
...rt am Main

Der Kollateralschaden? "Moskau sieht, dass eine gemeinsame Politik in der EU, wenn es hart auf hart kommt, nicht funktioniert", sagt Cede.

Große Stunde der schwarz-blauen Regierung

Viele Diplomaten können den offiziellen Argumenten Österreichs nicht folgen. Auch Eva Nowotny nicht. "Die Neutralität hat sich einfach überlebt", sagt die frühere außenpolitische Beraterin von Franz Vranitzky, die später die Botschaften in Paris und Washington führte. "Und dieses Bild, Österreich könne Brückenbauer sein, das wirkt fast ein wenig wie politische Romantik. Diese Rolle hat das Land bis Ende der achtziger Jahre erfüllt", sagt sie. "Heute ist unser Platz aber in Kerneuropa."

Nur, was sind dann die Beweggründe?

Das außenpolitische Design dürfte auf die EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr hin ausgerichtet sein. Die Entscheidungen über die Russlandpolitik werden im Kanzleramt getroffen. Das Außenministerium spielt dabei keine gestaltende Rolle. Auch die FPÖ, der die moskaufreundliche Linie zwar sicher gefällt, immerhin ist die Partei durch einen Vertrag mit "Einiges Russland", der Partei Putins, verbunden, hat wenig Einfluss darauf.

"Die Regierung hatte zwei Möglichkeiten", sagt der Russlandexperte Gerhard Mangott von der Universität Innsbruck, "entweder man geht den Weg der immer stärkeren Konfrontation

weiter, die mit dem Abbruch aller institutionellen Gesprächskanäle der EU im März 2014 begann, sich mit den Sanktionen fortsetzte und nun in der Ausweisung russischer Diplomaten ausdrückt. Oder man versucht, diese Abwärtsspirale zu durchbrechen. Sebastian Kurz dürfte sich für die zweite Option entschieden haben."

Manches deutet darauf hin, aber es wäre ein riskantes Manöver. Sollte Russland in Gesprächen mit Österreich als EU-Ratsvorsitzendem tatsächlich Zugeständnisse machen, etwa im Ukraine Konflikt, dann könnten die Konzessionen den EU-Partnern nicht weit genug gehen.

Auf der anderen Seite könnte Moskau die Gespräche aber auch ganz einfach versanden lassen. Dann stünde die Regierung mit leeren Händen da, und die Beziehungen zu wichtigen europäischen Partnern wären im schlimmsten Fall zerrüttet.

"Natürlich wird man mit dem Vorwurf rechnen müssen, dass Österreich eine Art Sonderverhältnis mit Russland anstrebe", sagt Mangott. Dazu komme sicher noch die Kritik, es gehe nicht zuletzt auch um wirtschaftliche Interessen, "was auch nicht unrichtig ist" – und einer alten österreichischen Tradition entspricht.

Die Stimmen, die eine Aufhebung der Sanktionen fordern, sind laut. Eine Milliarde Euro, so hat es das Wirtschaftsforschungsinstitut im vergangenen Jahr berechnet, sollen die Sanktionen die österreichische Wirtschaft mittlerweile gekostet haben. Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer und sogar Bauernfunktionäre machen keinen Hehl daraus, dass sie von einer Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok träumen.

Wien vermittelt den Eindruck, die eigene Wirtschaft sei wichtiger als Solidarität

Und was könnte das Ziel der Bemühungen sein? "Ich kann mir vorstellen, dass man während der Ratspräsidentschaft zumindest die informellen Gesprächskanäle zwischen der EU und Moskau wiederherstellen möchte. Mittelfristig könnten diese Gespräche wieder formalisiert und dieser Teil der Sanktionen aufgehoben werden", sagt Mangott.

Gäbe es in Wien Ideen für den Umgang mit Russland, "dann sollte man sie nicht für sich behalten, sondern mit den anderen EU-Staaten besprechen", sagt Heidi Maurer, Politologin an der London School of Economics. "Aber Österreich war bei den Russlandsanktionen immer zurückhaltend. Wien hinterließ den Eindruck, die eigenen Wirtschaftsinteressen seien einfach wichtiger als die Solidarität in der Union."

Die Ratspräsidentschaft soll, so der Plan, die große Stunde der schwarz-blauen Regierung werden. Doch gerade dann sei es notwendig, die anderen Mitglieder auf seiner Seite zu wissen, "man muss die anderen an Bord holen, das ist die ganze Idee dahinter", sagt Maurer. "Und gleichzeitig hat die Ratspräsidentschaft auf die Außenpolitik relativ wenig Einfluss. Darüber sollte man vielleicht noch einmal genau nachdenken."

